

Klinikreform: Mehr Geld auch für Ostalb-Kliniken

Bund und Länder einigen sich auf Finanzierung –
Für Landrat Klaus Pavel ein großer, richtiger Schritt

AALEN (jam) - „Gute Nachricht für Krankenhäuser in Aalen, Ellwangen und Heidenheim“, schreibt Bundestagsabgeordneter Roderich Kiesewetter an die Aalener Nachrichten / Ipf- und Jagst-Zeitung. Auch die Kliniken auf der Ostalb profitieren von der jüngsten Entscheidung von Bund und Ländern, mehr Geld in die Kliniken zu investieren. Für Landrat Klaus Pavel ist das ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Pavel freut sich über das neue Programm: „Ich würde gerne öffentlich ‚danke‘ sagen“, sagt er auf Anfrage der Redaktion. „Danke für diese Einsicht, die offensichtlich über Demonstrationen, Veranstaltungen, viele Briefe und Gespräche entstanden ist.“ Der Landrat hatte Ende September selbst auf dem Rathausvorplatz an einer Protestaktion gegen die Klinikreform 2015 teilgenommen und dort eine flammende Rede gehalten. „Ein Wermutstropfen ist allerdings, dass die strukturellen Verbesserungen erst 2017 in Kraft treten und nicht, wie von uns gefordert, bereits 2016“, ergänzt Pavel.

Zu der aktuellen Entscheidung gehört unter anderem, dass der Versorgungszuschlag in Höhe von 500 Millionen Euro für die Kliniken erhalten bleibt. Der Betrag wird künftig von der

Höhe der Personalkosten für das Pflegepersonal abhängig sein. Darüber hinaus sind ab 2017 weitere 500 Millionen Euro für zusätzliches Personal in der Pflege vorgesehen. Zudem werden 100 Millionen Euro zur Aufstockung des Hygienepersonals eingestellt.

Ein weiterer Punkt: Künftig werden 50 Prozent der so genannten Tarifschere von den Krankenkassen übernommen. Als Tarifschere wird die Differenz zwischen der Steigerung der Erlöse der Kliniken und der Steigerung der Tariflöhne bezeichnet. „Das ist ein Fortschritt. In den bisherigen Entwürfen stand das nicht drin. Die verbleibenden 50 Prozent müssen wir jedoch nachwievorderers hersparen“, sagt Pavel.

Ferner wurde ein weiteres Problem angegangen: die steigende Anzahl an ambulanten Patienten, die die Krankenhausinfrastruktur nutzen. Die Krankenhäuser sollen die anfallenden Gebühren künftig mit den Krankenkassen und den Kassenärztlichen Vereinigungen mitverhandeln.

„Schön wäre, wenn die Länder nun auch ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen würden und 100 Prozent aller Investitionen bei Gebäuden und langfristigen Wirtschaftsgütern wie zum Beispiel Röntgengeräten leisten“, fordert Kiesewetter.

Die aktuelle Entscheidung im Detail

Bund und Länder haben sich auf ein 800-Millionen-Euro-Programm für die Krankenhäuser in Deutschland verständigt. Mit einer halben Milliarde Euro soll etwa der **Pflegebereich** ab 2017 gestärkt werden. Das Programm soll die Klinikreform ergänzen, die der Bundestag vor-

aussichtlich Anfang November verabschiedet wird und bislang Mehrkosten von 1,6 Milliarden Euro vorsah. Die Klinikreform soll die **Qualität** der Krankenhäuser stärken und Überkapazitäten abbauen. Tausende Klinikbeschäftigte hatten gegen die Pläne protestiert. (AN)